

15. II. 1916

Haushaltsauschuß des Abgeordneten- hauses.

Die Finanzlage der Gemeinden. — Die Sparkassen. —
Die innere Verwaltung und der Krieg.

N Berlin, 14. Febr. (Priv.-Tel.) Der Staats-
haushaltsauschuß des Abgeordnetenhauses
begann heute mit der Beratung des Voranschlages des
Ministeriums des Innern.

Der Berichterstatter führte aus, daß die nötige
Sparfameit überall beachtet werden müsse. Man könne mit
etwas weniger Personal auskommen. Der Minister des
Innern erklärte, daß die Gemeinden durch die Kriegs-
wohlfahrtspflege steigenden Ausgaben gegenübergestellt wer-
den, der preussische Staat übernimmt nur ein Drittel der
Kosten der Kriegswohlfahrtspflege. Viele Gemeinden sind auch
durch Aufwendungen für Textilarbeiter in Anspruch genom-
men, wofür Staat und Reich Zuschüsse leisten. Der Anleihe-
markt ist den Gemeinden fast verschlossen, und zu einem höhe-
ren Zinsfuß dürfen sie aus Rücksicht auf das Reich und auf
die Hypothekenverzinsung nicht übergehen. Künftig werden die
Gemeinden ihre Steuerquellen und Wirtschafts-
betriebe weiter entwickeln und außerdem Sparfame-
keit walten lassen müssen. Ein fortschrittlicher
Abgeordneter führte aus, daß die Gemein-
den einen gewissen Anhalt haben müßten, was sie
vom Reiche für die Kriegsbeschädigtenfürsorge wieder erhal-
ten würden. Von den 110 Millionen würde hierfür nur sehr
wenig verwendet werden können. Die Erschließung neuer
Steuern sei sehr zweifelhaft, da Reich und Staat die zur Ver-
fügung stehenden Quellen vorwegnahmen. Es sei eine An-
derung des Kommunalabgabewesens notwen-
dig und ebenso eine Erleichterung der Lasten der
Gemeinden. Eine recht baldige Zuteilung der Staatsbeiträge
an die Gemeinden wurde als erwünscht bezeichnet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wandte sich die Erörte-
rung den Sparkassen zu. Es wurde mitgeteilt, daß bei
den Sparkassen auf alle drei Kriegsanleihen 4.640
Milliarden Mark gezeichnet wurden davon 1.115 Milliarden
auf eigene Rechnung. Der Bestand der Sparkassen habe im
Jahre 1915 eine Erhöhung um 2 Milliarden Mark erfahren.

Ueber die Einwirkung des Krieges auf die innere Ver-
waltung wurde mitgeteilt, daß u. a. über 90 Prozent der
Regierungsreferendare mit der Waffe ins Feld gerückt sind.
Das Notzamen, das daraufhin eingeführt wurde, verlief
günstig. Die Befürchtung, daß ungenügend vorarbeitete
Elemente in den Verwaltungsdienst gelangten, sei unbe-
gründet.